

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Unabhängigen Sozialdemokraten.

Bezugpreise: Einzelnummer 25 Pf. — Durch Adressat oder durch die Post: monatlich 2,50 Mk., vierteljährlich 7,50 Mk. frei ins Haus.

Postfach Nr. 23885 „Sozialistischer Verlag“ o. G. m. b. H., Breslau.

Anzeigenpreise: Die Spaltenbreite 100 mm, oberer Raum 0,00 Mk., unterer Raum 1,00 Mk. Stellen- und Wohnungsangeboten, Samstagsausgaben, Besondere und Verlagsangelegenheiten 0,50 Mk. Restliche: Die Spaltenbreite, beidseitig oberer Raum, unterer Raum 0,00 Mk.

Der Entwaffnungsdiktator Peters schützt die Orgesch!

Die „Freiheit“ meldet: Der parlamentarische Beirat, dem der Reichstag dem Entwaffnungskommissar beigegeben hat, trat am Sonnabend zusammen und beriet bis in die Nachtstunden die Ausführungsbestimmungen zum Entwaffnungsgesetz. Der Reichskommissar Peters stellte sich dem Beirat vor und warb in einer Antrittsrede um Vertrauen. Senoffe Dr. Rosenfeld gab ihm sofort Gelegenheit, Farbe zu bekennen, indem er ihm die Frage nach seiner Stellung zur „Orgesch“ vorlegte. Was erklärte der Reichskommissar zur Entwaffnung? Es sei nicht seine Aufgabe, überall einzugreifen, wo „angeblich“ eine Bewaffnung der Bevölkerung stattfindet. Er sei kein Richter für alles; er sei auch nicht Reichspolizeiminister. Sicherlich habe ihm erklärt, er wehre sich entschieden gegen das Vorgehen des preussischen Ministers. Er führe über ihn Beschwerde. Und was jagte der Reichskommissar dazu? Er könne da nicht dreinsprechen!!! Ruhig hörte der Entwaffnungskommissar an, daß die Herren Deutschnationalen und Deutschvölksparteiler die „Orgesch“ als eine gefühlige zulässige bewaffnete Organisation bezeichneten. Senoffe Dr. Rosenfeld äußerte infolge dieses merkwürdigen Verhaltens des Reichskommissars das allerstärkste Mißtrauen gegen ihn. Um so mehr traten alle übrigen Parteien für ihn ein. Die Reichssozialisten waren zwar auch von den Erklärungen des Reichskommissars nicht sehr angenehm berührt. Ihr Vertreter Dr. Braun erklärte aber trotzdem, er habe kein Mißtrauen gegen die Person des Reichskommissars.

Etwas anderes haben wir von Herrn Peters niemals erwartet! Er ist ja ein Anwalt der Bourgeoisie.

Bayern als Hüter der Orgesch.

Die „Dresl. Zig.“ schreibt: Wie wir erfahren, weil gegenwärtig ein Vertreter des bayerischen Ministeriums des Innern in Berlin, um mit der Reichsregierung die mit der Orgesch zusammenhängenden Fragen zu besprechen. Die bayerische Regierung vertritt in Berlin den Standpunkt, daß es sich bei der Orgesch um eine rechtmäßig zulässige Organisation zum Schutze von Haus und Hof und zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung handle, die anerkannt werden müsse. Sobald der bayerische Vertreter von Berlin nach München zurückgekehrt sein wird, wird der bayerische Ministerrat zusammentreten, um zu den Ergebnissen der Berliner Besprechungen Stellung zu nehmen.

Zurückgehaltener Munitionstransport.

Von Lübeck aus sollten 20000 Zentner Artilleriemunition für die Reichswehr in Ostpreußen verschifft werden, um unter Umgehung des polnischen Korridors auf dem Seewege ans Ziel gebracht werden zu können. Die Betriebsräte haben jedoch beschlossen, die Verladung vorläufig einzustellen zu lassen, da Zweifel bestehen, ob die Munition nicht doch zugunsten der Feinde Rußlands verschleppt wird. Eine Abordnung der Betriebsräte wurde nach Berlin entsandt, um sich bei dem Ausschuss der sozialistischen Parteien Instruktionen zu holen.

Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands ist verpflichtet, keinerlei Kriegsmaterial herzustellen oder zu transportieren, gleichgültig, wer der Empfänger ist.

An die Beamenschaft Deutschlands!

Die zweifelhafte Neutralitätsklärung der deutschen Regierung im polnisch-russischen Krieg hat erst durch das lebhafteste Eingreifen der Arbeiterschaft überhaupt Lebenskraft gewonnen. Die sozialistischen Parteien und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund haben in einer gemeinsamen Kundgebung das Proletariat verpflichtet, Truppen- und Munitionstransporte durch Deutschland nach Polen mit allen Mitteln zu verhindern. In ähnlichem Sinne hat die Afa (Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände) die Angestelltenmassen aufgerufen. Nur der Deutsche Beamtenbund hat in Kurzsichtigkeit und unverantwortlicher Verkennung der Kriegsgefahr sich diesen Kundgebungen für die Neutralität nicht angeschlossen.

Beamte, Beamtinnen und Staatsarbeiter!

Über die Köpfe kurzfristiger Verbandsführer hinweg wenden wir uns an euch, die Neutralität mit allen Mitteln strikte durchzuführen und die Reihen des kämpfenden und internationalen Proletariats härten zu helfen. Es gilt, das proletarische Rußland, den Hort der Revolution und des Sozialismus, zu schützen.

Eisenbahnbeamte! Augen auf! Verhindert jede Durchführung von Kriegsmaterial für Polen! Ueberwacht mit scharfen Augen alle Transporte, Güterwagen und Güter nach dem Osten!

Postbeamte! Paketsendungen nach dem deutschen Osten, Polen und Tschechien, die in Massen oder einzeln mit Ersatzteilen und zerlegten Waffen aufzulesen werden, weist von der Beförderung zurück oder haltet die Beförderung auf.

Zollbeamte! Untersucht alle Sendungen genau auf ihren Inhalt, denn unter falschen Inhaltsangaben werden Waffen und Munition nach Polen hinübergeschmuggelt.

Beamte und Staatsarbeiter Deutschlands! Ihr habt während des langen schrecklichen Krieges Not und Entbehrung gelitten, und Verelendung herrscht heute in euren Familien. Bereinigt euch darum mit der Arbeiterschaft, um in geschlossenen Reihen mit vereinter Kraft die Kriegsgefahr des internationalen Kapitals niederzutampfen. Schließt euch den Kundgebungen der Arbeiterschaft für die Neutralität an und verankert selbst solche Kundgebungen. Fällt Rußland den Streichen der Entente, so sind auch die letzten Hoffnungen der deutschen Revolution begraben. Darum vereinigt euch mit der Arbeiterschaft und schließt zu eurer Befreiung die Reihen des kämpfenden internationalen Proletariats.

Reichsbeamtenbeirat der U. S. P. D.

Bereinigtes Betriebsrätezentrum für den Wirtschaftsbezirk Berlin.

U. S. P. D.-Sektion der Post und Telegraphie im Bezirksverband Brandenburg.

Spigel-, Räterepubliken“.

Die deutsche Konterrevolution arbeitet mit Hochdruck. In Oberschlesien provoziert sie Angriffe auf Franzosen und Polen; in Deutschland läßt sie durch gut bezahlte Provokatoren „Räterepubliken“ in Kleinstädten bilden. So wurde in der vergangenen Woche in Belbert bei Elberfeld und in Cöthen in Anhalt die Räterepublik ausgerufen. Die Herrlichkeit dauerte natürlich nur ein paar Stunden, aber der Zweck, den die Konterrevolution mit diesen gut bezahlten Gescheften, auf die leider auch einige Arbeiter hereinsinken, verfolgt, wird erfüllt: sie beweist dann mit Hilfe der Bürger- und S. P. D.-Presse die Notwendigkeit der Orgesch, der starken Reichs- und Sicherheitswehr, der Spigelzentrale, des ganzen bürgerlichen Unterdrückungsapparates zur Aufrechterhaltung der „Ruhe und Ordnung“. Die Arbeiterschaft kann nicht genug vor unbekanntem „radikalen“ Führern gewarnt werden. Sie gehe mit Energie daran, sich die Spigel-Falken vom Leibe zu halten und schene sich nicht, ertapten Gesellen dieser edlen Bürgerzunft ordentlich die Fackel zu verhauen.

Kundgebung der Speditionsarbeiter.

Eine am 17. August 1920 tagende Vertrauensmännerversammlung der Kolltuscher und Speditionsarbeiter aus den Bezirken Berlins beschäftigte sich u. a. eingehend mit dem Aufruf der Internationalen Transportarbeiter-Föderation.

Dem Aufruf wurde die größte Sympathie entgegengebracht und nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die Kolltuscher und Speditionsarbeiter Berlins begrüßen den Aufruf zur Wahrung der internationalen Solidarität. Sie versprechen, alles daranzusetzen, die Schritte, die das internationale Kapital unternimmt, um das siegreiche Vorgehen des russischen Proletariats im Blute zu erstickern, zunichte zu machen.

Sie werden die größte Aufmerksamkeit anwenden und alle Sendungen, die als Kriegsmaterial kennlich sind, unter allen Umständen von der Beförderung ausschließen.

Sie bitten die Kollegen im Reich, sich ihrem Vorgehen sofort anzuschließen und auch ihrerseits alles zu verhindern, um Transporte von Kriegsmaterial nach dem Osten unmöglich zu machen. Sämtliche Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Folgen von Spaas.

Nach einer heftigen Debatte ist für den Ruhrbezirk ein neues Ueberwachungsabkommen abgeschlossen worden. Danach wird das Abkommen vom 8. März auf allen Seiten wieder in vollem Umfang durchgeführt.

Die U. S. P.-Delegation aus Moskau zurück.

Wie uns gemeldet wird, ist die Delegation der Unabhängigen Sozialdemokratie für den 2. Kongress der 3. Internationalen in Moskau, die aus den Genossen Crispian, Dammig, Dittmann und Eisecker besteht, in Royal angekommen. Ihre Rückkehr nach Deutschland ist bald zu erwarten.

Oberschlesien. — Polen-Rußland.

Das obereschlesische Ereignis wird bald der Geschichte angehören. Die Ruhe kehrt allmählich wieder ein, obgleich sich die deutsche Bürger-Presse mit Unterstützung mancher S. P. D.-Blätter eifrig bemüht, durch Lügen, Märchen über Geheimtaten der Polen und sonstige Sensations-Gehe die Herbeiführung normaler Verhältnisse zu hintertreiben. Die Polen ihrerseits machen es natürlich genau so. Das nationalpolitische Ding, das in Kattowitz und anderswo von den schwarz-weiß-roten Provokatoren (Beauftragte der nationalpolitischen „Freien Vereinigung“ und der „Freimittler-Oberschlesien“) gedreht wurde, soll nicht so schnell wieder verschwinden; man braucht die Hurren, die Kriegsführung; man braucht die „O. Deutschland hoch in Ehren“-Seelen. Deswegen der ganze Hummel — aber selbstverständlich sind nur die Polen und die Franzosen schuld. Die deutschen Nationalisten sind ja stets Lämmer. Im August 1914 wurden sie von der Entente „überfallen“, im August 1920 von den Franzosen und Polen. Und es gibt Arbeiter,

die auf nationalistische Hege und Lügen hereinkommen. Die Arbeiterschaft hat in friedlicher Weise für die Neutralität und die Wahrung des Friedens demonstriert. Es war der Letztbegriff an der Kundgebung gesagt worden, daß sie weder national noch revolutionäre Heber anstimmen sollten. Mit Ausnahme von Kattowitz ist überall streng nach dieser Anweisung vorgefahren worden. Es ist durchaus falsch, wenn nationalistische Blätter die Dinge so darstellen wollen, als wenn die Demonstration sich gegen die Besatzungsbehörden oder gegen die Besatzungstruppen oder gegen den polnischen Teil der Bevölkerung richtete. Unsere Partei steht über solchen Freibewegungen. Die Bezirksleitung der U. S. P. hat folgenden Aufruf erlassen:

Arbeiter! Parteigenossen! Eure friedliche Demonstration zur Erhaltung der Neutralität und des Friedens ist von Elementen, die Sonderinteressen verfolgen, zu schweren Ausschreitungen mißbraucht worden. Wir verurteilen aufs schärfste die erfolgten Angriffe auf das französische Militär und die bestialischen Morde und Ueberfälle auf polnische Führer. Die Revolverpresse vom Schlag der „Ober-

schlesien“ vorgetrieben. Die Arbeiterschaft hat in friedlicher Weise für die Neutralität und die Wahrung des Friedens demonstriert. Es war der Letztbegriff an der Kundgebung gesagt worden, daß sie weder national noch revolutionäre Heber anstimmen sollten. Mit Ausnahme von Kattowitz ist überall streng nach dieser Anweisung vorgefahren worden. Es ist durchaus falsch, wenn nationalistische Blätter die Dinge so darstellen wollen, als wenn die Demonstration sich gegen die Besatzungsbehörden oder gegen die Besatzungstruppen oder gegen den polnischen Teil der Bevölkerung richtete. Unsere Partei steht über solchen Freibewegungen. Die Bezirksleitung der U. S. P. hat folgenden Aufruf erlassen:

„Politischen Volksstimme“, „Kurier“, „Morgenpost“ usw. versuchen diese Schandfakten nach bewährter Methode unserer Partei in die Schube zu schieben. Seht Euch diese Presse an: Auf der ersten Seite magnt sie zur Ruhe und Besonnenheit, die anderen Spalten sind voll von Schouermärschen, die die beiden Volksteile gegeneinander aufheben und die nationale Erregung zur Siedebühne steigern. Arbeiter, haltet Euch von diesen Dingen fern! Daltet strengste Disziplin!

Die Bezirksleitung der U. S. P. Bezirk Oberschlesien.

Das Vordringen der Polen ist noch nicht zum Stillstand gekommen. Sie sind auch wieder im Besitz des „Korridors“ und marschieren auf breiterer Front weiter vor. Dagegen machten die Roten Armeen auf dem galizischen und Prim-Kriegsschauplatz Fortschritte. Zur Illustrierung der Ehe zwischen dem Krim-Bauditen Wrangel und Frankreich, das ihn belanntlich anerkannt hat, liegt folgende interessante Notiz vor: Nach einer Meldung des „Daily Telegraph“ hat General Wrangel vor seiner Anerkennung einem französischen Syndikat für beträchtliche Zeiten ein Monopol für die Ausfuhr aus den südrussischen Häfen übertragen. — Es liegt keine Veranlassung vor, die Siege der Polen allzu tragisch zu nehmen. Zweifellos haben sie französische Unterstützung in Gestalt von Material, Truppen und Offizieren, die die Offensive leiten, erhalten. Die Transporte sind vorzugsweise über die Tschecho-Slowakai und Ungarn gegangen. Werden die tschechischen Proletarier ihre Neutralitätswacht von nun an etwas besser ausführen? Es ist ihre verdammte Pflicht! — Die Friedensverhandlungen in Minsk werden von den Polen sabotiert. Sie sind übermütig auf Grund der Erfolge an der Warshawer Front, aber ihre Götterdämmerung wird schon kommen — bald. Trotzki sagte vor einigen Tagen im Moskauer Sowjet u. a.:

„Unsere militärische Lage ist im allgemeinen befriedigend. An der Front gegen das weiße Polen haben unsere Truppen den Hauptteil ihrer Aufgabe erfüllt. Die Aufstellung unserer vorangegangenen Truppen vor Warschau ändert die Lage in keiner Weise, um so mehr, als die polnische Front gegenwärtig in zwei Teile geteilt ist, den militärischen und den diplomatischen, und zwei Hindernisse besitzt, einen in Warschau und das andere in Minsk. Auf der Warshawer Front öffnen wir unsere Tore anderen Feinden weit, aber wir werden sie in der Hand und im Rücken packen. Das Schicksal der Revolution wird jedoch auf der polnischen Front entschieden. Aus diesem Grunde haben wir unsere Kräfte im Westen konzentriert. Gegen die Kavallerie des Feindes müssen wir unsere eigene Kavallerie vernehmen. Wir müssen auch die Erzeugung der Militärdiktatur vermeiden.“

Inzwischen rüstet die Entente und die Weltbourgeoisie zum direkten militärischen Eingreifen gegen Sowjetrußland und zur Blockade. Es liegen darüber folgende Meldungen vor:

Röln. Auch hier eingegangenen Meldungen besitzen große französische Truppentransporte die Streitkräfte Bonn und Weiden. Ihre Bestimmung ist unbekannt. —

Helsingland. Waffen Schiffe sind hier eingetroffen und über Handelsmittel durch den Kanal nach Kopenhagen weitergeschickt.

Kopenhagen. Das alte Dementis kommt jetzt die Bestätigung einer Zusammenkunft der drei nordischen Ministerpräsidenten. Sie ist für Ende nächster Woche in Kopenhagen geplant. — Der Zweck ist klar, es handelt sich um die politische und militärische Vorbereitung für die eventuelle Blockade Sowjetrußlands.

Gegen die Machenschaften der Weltbourgeoisie zur Zerstörung Sowjetrußlands hat das Weltproletariat alle Kampfmittel anzuwenden. Das verlangt die Solidarität mit den heldenhaften russischen Proletariern!

Zur politischen Lage.

(Fortsetzung.)

D. Li. Wenn man sich die Folgen der Existenz eines Sowjet-Polen ungefähr ausmalt (der augenblickliche Stand des polnisch-russischen Krieges mit dem Stillstand der russischen Offensive scheint den Ausbruch der Revolution in Polen heranzuführen), kommt man wohl (im großen Rahmen) zu folgenden Ergebnissen: das Gebiet der ehemaligen preussischen Provinz Posen, in dem nur ganz minimal sozialistische Strömungen vorhanden sind, würde sich (vielleicht in Gemeinschaft mit einigen Teilen des „Korridors“) von

Polen lossagen und als autonomer Bundesstaat dem Vorkriegsbesitz des deutschen Reiches wieder beitreten. (Schon jetzt machen sich dort starke Unabhängigkeitsbestrebungen geltend.) Die Abstimmung in Oberschlesien würde nicht stattfinden; entweder verbliebe dieses wirtschaftlich und geographisch so ungeheuer wichtige Gebiet bei Deutschland oder es würde unter der effektiven Herrschaft Englands internationalisiert. Natürlich muß das Bestehen einer mit Rußland eng verbündeten Sowjetrepublik Polen mit seinen selbstverständlichen Folgen (schon die bloße Tatsache der Existenz eines Sowjet-Polen revolutioniert die Köpfe) die Radikalisierung, die Bolschewisierung des Weltproletariats im allgemeinen und des deutschen im be-

Die „Rote Fahne“ erläßt folgenden Aufruf: Keine Waffen durchlassen!

Am Donnerstag haben die Vertreter der drei sozialistischen Parteien, der Berliner Gewerkschaftskommission, des Eisenbahnerverbandes, der Betriebsräte der Eisenbahndirektion Berlin, beschlossen, den Waffentransport den Zugschicht nach Künigsberg durchzuwachen. Ebenso soll in allen anderen Transporte von Kriegsgerät und Ausrüstungsgegenständen jeglicher Art vorläufig nicht befördert werden. Am Sonnabend sollen „endgültige Richtlinien“ für das Verhalten der Transport- und Zugschichtarbeiter gegenüber den Waffensendungen festgestellt werden.

Für die Eisenbahner wie für das ganze deutsche Proletariat kann es in diesem Punkte nur eine Richtlinie geben:

Keine Waffen für Polen, für die europäische, für die deutsche Kontrevolution.

Die Kontrolle, die die Eisenbahner über die Transporte ausüben müssen, das Festhalten aller verdächtigen Sendungen durch sie, ist eine politische Aktion, die nur dann wirksam sein kann, wenn hinter den Eisenbahner, mit ihnen solidarisch, die ganze deutsche Arbeiterschaft steht. Der gegebene Träger für die Durchführung der Aktion sind als der Ausdruck des Massen- und Klassenwillens der ganzen Arbeiterschaft

die politischen Arbeiterräte.

Sie so schnell wie möglich zu schaffen, muß daher die Aufgabe aller revolutionären Schichten der Arbeiterschaft, ihrer revolutionären Parteien sein, wenn die Solidarität mit Sowjetrußland bei dem wachsenden Widerstand der Bourgeoisie nicht leere Phrase bleiben, sondern wirksame Tat sein soll.

Bis die Arbeiterräte geschaffen sind, müssen die Vertrauensleute der Arbeiterschaft die Kontrolle der Eisenbahnräume ausüben, müssen sie vor allem die festgehaltenen Waffen unter ihrer dauernden Kontrolle nehmen.

Revolutionäre Schritte sind heute:

Keine Truppentransporte nach dem Osten.

Ausländische Truppen sind nach Köln oder Mainz, deutsche Soldaten nach ihrem Ausgangsort zu befördern.

Keine Waffentransporte, was auch immer der Verwand sei.

Die festgehaltenen Waffen dürfen nicht weiterbefördert werden. Sie müssen unter die Kontrolle der Betriebsräte der Arbeiterschaft des Ortes gestellt werden, wo sie gehalten werden sind.

Arbeiter! Eisenbahner! Laßt Euch nicht durch Behauptungen und Entschuldigungen von Behörden einschleusen. Auch wenn die Waffentransporte von Arbeiter-Kommissionen begleitet werden, ist keine Sicherheit gegeben, daß die Waffen nicht in die Hände der polnischen Weisheit, der deutschen Kontrevolution gelangen. Diese Sicherheit müßt Ihr Euch selbst schaffen, indem Ihr selbst sie durch Eure Vertrauensleute bewacht.

Arbeiter! Eisenbahner!

Schützt die russische, schützt die deutsche Revolution!

sonderen hervorzuheben und beträchtlich steigern, zumal (und das ist die Hauptfrage!) die sich dauernd verschlechternden materiellen Grundlagen (ökonomisch und politisch) in allen Ländern (Besiegte und Sieger) der sozialen Revolution von Tag zu Tag mehr förderlich sind. Die Verschärfung der Klassengegensätze, wie sie mit Beendigung des Weltkrieges überall offen zu Tage trat und sich jetzt ständig steigert, bewirkt die unablässige Radikalisierung der Arbeiterbewegung der Welt, die z. B. in dem feilen Wachsen der auf dem Boden der proletarischen Diktatur stehenden 3. Internationale und in dem hoffnungslosen Abwärtren der auf Basis der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital kontradikt

2. Internationale (der Gemuttenhaufen, zu dem die S. P. S. und S. P. D. gehören) ihren Ausdruck findet. Ohne diesen Radikalismus des Weltproletariats, ohne dieses revolutionäre internationale Solidaritätsgefühl und die praktische Solidaritätenergie (alles das hat sich im Laufe des polnisch-russischen Krieges bedeutend verstärkt) hätte die Internationale des Kapitals ihren Schlingel Polen in seinem Eroberungskrieg gegen Sowjetrußland eine ganz andere Hilfe angedeihen lassen können, als es bis jetzt der Fall war. Um nur ein Beispiel von der revolutionären internationalen Solidarität des Proletariats, die sich etwa nicht nur in Nebenarten erschöpft, anzuführen, sei der in dieser Zeitung bis jetzt noch nicht veröffentlichte Aufruf der großen und maßgebenden französischen sozialistischen Partei, den die Humanität vom 11. August brachte, abgedruckt. Er lautet:

Die Pflicht des internationalen Proletariats und des französischen Proletariats ist insbesondere gegenüber der russischen Revolution ist gebieterischer denn je.

Seit mehr als drei Jahren haben die kapitalistischen Regierungen der Entente die verbrecherischen Anschläge gehäuft, um das Sowjet-Regime zu zerstören und in Rußland einen politischen und sozialen Zustand herzustellen, der sie befriedigt.

Die Sowjetregierung hat ihnen unter dem Beifall der Arbeitermassen eine ununterbrochene Reihe von Niederlagen beigebracht: die Niederlage in Archangelst und Odessa, die Niederlagen von Judentich, Koltchal und Denikin, die Niederlage des weißen Finnland und jetzt die Niederlage des imperialistischen, feudalen und klerikalen Polens, des letzten Stützpunktes des englisch-französischen Kapitals und Militarismus.

Wir werden die siegreiche Revolution an der Weichsel grüßen, die Revolution, die von Osten nach Westen ohne Aufenthalt fortschreitet.

Um in diesem großen Augenblick die Roten Armeen aufzufahren, haben die Staaten der Entente versucht, die russischen Randstaaten zu mobilisieren; sie haben sich Abwehungen geholt, weil deren Regierungen vor der sozialistischen Bedrohung zittern. Die Staaten der Entente haben neue Pläne vorbereitet, die Mobilisierung ihrer Armeen, die mit einem Weltkrieg enden würde. Der unvermeidliche Einfall in Zentraleuropa wäre der Auftakt zur Intervention für Polen.

In Sythe sind sie zurückgewichen. Nicht vor der Riesengröße des Verbrechens, sondern vor der Macht des Proletariats, vor der Stärke der revolutionären Krise, die ihre Aktion unheilbar zum Scheitern gebracht hätte.

Wir wiederholen jedoch: die Pflicht des Proletariats bleibt bestehen. Augenblicklich steht seine Zukunft, seine Befreiung, der Sieg des Sozialismus in Europa und überall auf dem Spiel. Die Verteidigung der russischen Revolution ist die erste Phase der Weltrevolution. Es hieße sie veraten, wenn wir ihr nicht das Höchstmögliche von Unterstützung gewähren wollten, mit allen Mitteln.

Der talkräftige Entschluß, den die englische Arbeiterpartei gefaßt hat; alle Maßnahmen zum Widerstand gegen einen verbrecherischen Krieg; eine sofortige Aktion, die die Gesamtheit der Arbeiter umfaßt, werden die Regierungen zur völligen Kapitulation zwingen. In Sythe haben sie ihre Machtlosigkeit eingestanden, es hängt aber von Euch ab, ihnen noch eine größere Niederlage beizubringen. Sie haben offiziell auf die Entsendung von Truppen verzichtet, aber sie haben auf die geheime Zusammenarbeit mit dem polnischen Imperialismus und mit Wrangel nicht verzichtet. Sie haben beschossen, Truppen und Munition zu senden, sie haben die Blockade wieder eröffnet.

Werdet Ihr ihnen die Freiheit lassen, neue Konflikte zu provozieren, den Krieg gegen die russische Revolution zu verlängern? Wir wiederholen unsere Formel: Keinen Mann, keinen Groschen, keine Kugel! Die Mut, die diese Formel bei unseren Klassegenossen erregt hat, zeigt uns ihre Stärke und Richtigkeit.

A. Lenia.

Werden die Bolschewiki siegen?

Ubersetzt von Schnipp.

(12. Fortsetzung.)

Hunderttausende russische Soldaten bei der Kerenski-Offensive ins Verderben zu jagen und so zur Beendigung des Krieges zu wirken, fortwährend Friedenspropaganda zu betreiben, ohne allen Willen eines einzigen Friedensverzweckung und die Unerschöpflichkeit zu haben, den Arbeiter und Bauern, den Soldaten zu jagen: „was auch immer“, während der Regierung Kerenski.“

Ist das eine Unerschöpflichkeit?

Nein, Ihr Herrn Kapitalisten, Parteiengenossen Kerenski, Ihr werdet die Soldaten nicht behagen können.

Kein Tag, kein Stunde länger werden die Arbeiter und Soldaten die Regierung Kerenski ertragen, weil sie wissen, daß die Weiterregierung aller Kapitalisten ein sofortiges Friedensangebot macht und mehr als wahrscheinlich eine sofortige Bolschewikisierung und heiligen Frieden herbeiführen wird.

Kein Tag, keine Stunde länger werden die Soldaten unter Kerenski es dulden, daß entgegen dem Willen der Sowjet, die Regierung Kerenski besteht, sie mit Mäusen im Bann zu überlassen.

In der Frage vom Ausbruch der Feindschaft, der nach Beendigung der 2. Phase des „Korridors“ die Diktatur des Proletariats herbeiführen wird, ist noch ein wichtiger Faktor und politischer Faktor enthalten, den man nicht übersehen darf, die ist die zur Unerschöpflichkeit führen zu können.

„Der Ausbruch der Feindschaft wird die Diktatur des Proletariats herbeiführen“ — sagen sie. Nun gut. Aber sie sind doch Rationalisten und gebildete Menschen, sie wissen alle, daß es Unflin ist, der Demokratie die Bourgeoisie entgegenzusetzen, daß es dasselbe bedeutet, wie den Metern die Demokratie entgegenzusetzen. Denn es gibt eine demokratische Bourgeoisie und nichtdemokratische Schichten des Kleinbürgertums.

„Schandstapel“ ist eine Phrase. Dagegen ist die Bourgeoisie (zu der auch die Entschleierten gehören) ein Machtverhältnis.

Bourgeoisie und Entschleierter, Proletariat, Kleinbürgertum, kleine Eigentümer, in erster Linie die Bauernschaft; — das sind die drei Grundkräfte, die in Rußland, wie in jedem kapitalistischen Lande, vorhanden sind. Das sind die drei „Mächte“, die entstehen sind nicht nur durch die wissenschaftlich-ökonomische Analyse jedes kapitalistischen Landes, sondern auch durch die politischen Erfahrungen der Kampf in allen Ländern, durch Erfahrungen der europäischen Revolutionen seit dem 18. Jahrhundert und der beiden russischen Revolutionen von 1905 und 1917.

Es drängt sich dem Proletariat heraus, daß der Ausbruch der Bourgeoisie deren Macht herabsetzen wird. Darauf laßt die Bourgeoisie keinen, anderen Jahrs hat sie nicht.

Set. Wenn die Bourgeoisie imstande ist, die Macht der Arbeiter und Bauern herabzusetzen, dann bleibt kein anderer Ausweg außer der Revolution, d. h. dem Umsturz der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums mit der Bourgeoisie. Einmal anders ist nicht denkbar!

Die Revolution aber ist seit einem halben Jahr auf alle mögliche Art ausprobiert und hat zum Abschluß geführt. Ihr selbst, Ihr selbst, aber nicht durch einen Menschen, sondern durch die „Korridors“, verlegt sich die Revolution. Was ergibt sich daraus?

Ihr habt Euch so verwirrt, so einschüchtern lassen, daß Ihr die einfachste Ueberlegung, die Rechnung mit drei Größen, nicht zu Ende denken könnt.

Entweder die ganze Macht der Bourgeoisie — das verweigert Ihr schon lange nicht mehr, und selbst die Bourgeoisie magt nicht, daran zu denken, wohlwissend, daß das Volk eine derartige Regierung schon am 20.-21. April abgesetzt hat und heute mit um so mehr Entschlossenheit verhindern wird. Oder das Kleinbürgertum, d. h. Ihre Koalition mit der Bourgeoisie, übernimmt die Macht, denn selbständig und unabhängig kann und will das Kleinbürgertum die Macht nicht übernehmen. Das beweist die Erfahrung aller Revolutionen und die ökonomische Wissenschaft, die uns erlärte, daß man in einem kapitalistischen Lande Partei für das Kapital oder für die Arbeit nehmen, aber sich nicht in der Mitte halten kann. Diese Koalition ist in Rußland auf Duzende von Arten ausprobiert und durchgefallen.

Oder schließlich die ganze Macht den Proletariern und Bauern gegen die Bourgeoisie, um deren Widerstand zu brechen. Das ist noch nicht ausprobiert und Ihr, Ihr Herren aus der „Korridors“, ratet dem Volk diesen Weg ab, indem Ihr das Volk durch die Angst, die Euch die Bourgeoisie eingejagt hat, einschüchtern laßt.

Etwas weiteres läßt sich nicht ausdenken.

Wenn also die „Korridors“ Angst vor der Diktatur des Proletariats hat und auf sie wegen der angeblich möglichen Niederlage der proletarischen Macht verzichtet, so ist das nichts anderes, als eine heimliche Rückkehr zur Selbständigkeitspolitik mit den Kapitalisten! Es ist furchtbar, daß derjenige, der Widerstand fürchtet, der nicht an die Möglichkeit glaubt, den Widerstand zu brechen, der das Volk leitet: „sühnet den Widerstand der Kapitalisten, ihr werdet darüber nicht Herr werden“ — hiermit das Volk zur Beendigung mit den Kapitalisten aufruft. (Fortsetzung folgt.)

Die russische Revolution hat sich in den Dienst des Proletariats der ganzen Welt gestellt. Für Euch kämpft sie unter unendlichen Opfern, mit entsetzlichen Schwierigkeiten! Ihr werdet ihr morgen den größten Teil Eurer Befreiung verdanken. Kämpft auch Ihr für sie auf Eurem Gebiet!

Friede mit Sowjetrußland; Anerkennung der Verfassung, die es sich selbst gegeben hat — das müssen die Formeln Eures sofortigen Kampfes sein. Wenn Ihr es wollt, wenn Ihr Eure einfache Pflicht erfüllt, werdet Ihr denen, die jetzt noch Eure Regierenden sind, die Weihe der Regierungsform, die sie verabscheuen, aufzwingen.

Der Radikalisierung des Weltproletariats steht auf der anderen Seite die immer anschaulicher hervortretende Diktatur der Weltbourgeoisie gegenüber, deren Gewalt sich im Verhältnis zur revolutionären Tendenz der Arbeiterbewegung, zur Aktion der Masse steigert und zur Schreckensherrschaft wird. Ein Sowjet-Polen würde automatisch die Weltbourgeoisie ebenfalls gewaltig (in reaktionärem Sinne) radikalisieren, ihre goldne Internationale festigen, sie Proletariat ihrer Länder einer verschärften Diktatur aussetzen — und mit allen Mitteln Rußland und Kätepolen zu vernichten trachten. Das Ententekapital reichelte dann das kapitalistische Deutschland, den Feind von gestern, um es als Sturmtruppe gegen den bolschewistischen Osten zu benutzen; an Geschenken für diese Hilfsarbeit würde es keineswegs fehlen. Ist nicht das Spaacer „Entwaffnungs“-Abkommen zwischen der Entente (Frankreich) und Deutschland ein guter Beweis für die Solidarität der kapitalistischen Gegner von ehedem gegen die radikale Arbeiterbewegung, da sich der Vertrag praktisch gegen das deutsche Proletariat richtet, also die Revolution entwaffnen und die Konterrevolution bewaffnen will? In der Tat rüstet das Bürgertum aller Länder außerordentlich zur effektiven Solidarität gegen den weiterobernden Bolschewismus. Es sei z. B. an das bereits abgeschlossene oder in Kürze zustande kommende Bündnis zwischen Rumänien, Tschechien, Deutsch-Oesterreich und Jugoslawien erinnert, das ganz offen antibolschewistischen Charakter hat; und es ist ja ganz klar, daß die Internationale der Ausbeutung, der kapitalistischen „Demokratie“ umso geschlossener nach innen und außen austritt und aus Selbsterhaltung austreten muß, je höher die roten Wogen schlagen. Die Existenz eines Sowjet-Polen ruft also sowohl eine Radikalisierung des Weltproletariats, als auch der Weltbourgeoisie hervor, verschärft die Klassengegensätze und -kämpfe, beschleunigt also den Prozeß zum Ausbruch der sozialen Revolution in den verschiedenen Ländern, dient der Entwicklung zum Bunde der Sowjetrepubliken der Welt, dessen Kommen durchaus keine Illusion und dumme Phantasterei, sondern entwicklungs-geschichtlich vollkommen begründet ist.

Das internationale Proletariat muß demnach das größte Interesse an der Geburt und der Erhaltung eines Sowjet-Polen haben, es verdoppelt seine Anstrengungen, mitzuhelfen, daß das imperialistische Polen vernichtet wird. Es weigert sich Kriegsmaterial für irgend welche Auftraggeber herzustellen oder zu befördern, es sabotiert alle militärischen Maßnahmen, die irgendwie geeignet sind, dem weißen Polen zu helfen oder dem internationalen Kapitalismus überhaupt Stöße zu gewähren. Es fühle und handle nur international, in proletarischer Klassensolidarität und erwürge den Nationalismus, der das Bewußtsein des sozialen Konfliktes zwischen Bourgeoisie und Proletariat, des unüberbrückbaren Abgrundes zwischen Kapital und Arbeit lähmt. Das Weltproletariat handle, im Interesse seiner Befreiung vom Weltkapital, mit aller Energie zu gunsten eines kommenden Sowjet-Polen. — Wie erwähnt, stünde das kapitalistische Deutschland, als unmittelbarer Nachbar Sowjet-Polens, der „Gefahr“ beschleunigter Bolschewisierung ganz besonders stark ausgesetzt. Und das Bestehen eines Sowjet-Polen oder schon unbestreitbare Möglichkeit muß die deutsche Bourgeoisie zum, sich in seiner Schärfe steigenden, antibolschewistischen Kurs zwingen, die intime Verbindung mit der Entente herstellen (gemeinsamer Krieg oder Blockade gegen die bolschewistischen Ost-Republiken) und den Klassenkampf gegen das eigene Proletariat zur terroristischen Form treiben — bis die Machtverhältnisse durch die siegreiche soziale Revolution, durch die proletarische Diktatur umgekehrt werden, neben Sowjet-Polen, ein Sowjet-Deutschland besteht. (Schluß folgt.)

Rede Lenins in der ersten Sitzung des 2. Kongresses der 3. Internationale.

(Fortsetzung.)

Wir haben jetzt ein etwas vollständigeres Bild der Welt vor Augen. Wir wissen, was die Abhängigkeit von einer und einer Viertel Milliarde Menschen, die in unmöglichen Existenzbedingungen gestellt sind, von einem Häuflein reich Gewordener bedeutet. Als den Völkern der Vertrag des Völkerbundes besichert wurde, demzufolge der Völkerbund erklärt, daß er die Kriege eingestellt habe und niemandem mehr gestatten würde, den Frieden zu gefährden, als dieser Vertrag, als letzte Hoffnung der werktätigen Massen der ganzen Welt, in Kraft trat, da stellte er sich als großer Sieg für uns heraus. Als der Vertrag noch nicht bekannt war, da sagte man: Man kann ein solches Land wie Deutschland nicht in besondere Verhältnisse stellen, wenn der Vertrag erst da sein wird, dann werdet ihr sehen, wie sich alles zum Guten wendet. Als aber der Vertrag veröffentlicht wurde, da mußten selbst die wilden Gegner des Bolschewismus ihn ablehnen. Als der Vertrag bekannt wurde, da erwies es sich, daß die verschwindend kleine Gruppe von reichen Ländern, das vierblättrige Kleeblatt — Clemenceau, Lloyd George, Orlando und Wilson — durch ihn berufen wurden, neue Beziehungen herzustellen. Als man die Maschine des Vertrages in Gang bringen wollte, da versagte sie. Das haben wir an den Kriegen gegen Rußland gesehen.

Das schwache, verarmte, zerstörte Rußland, das rückständigste Land — gegen alle Nationen, gegen den Verband der reichen Staaten und Mächte, die die ganze Erde beherrschen; und trotzdem ist es Sieger geblieben. Wir waren nicht im Stande, eine auch nur einigermaßen gleichwertige Macht entgegenzustellen, und trotzdem war der Sieg auf unserer Seite. Warum? Weil bei ihnen keine Einheit herrschte, weil eine Macht gegen die andere handelte. Frankreich wollte, daß Rußland seine Schulden bezahle und daß es Deutschland als drohende Macht gegenüberstehe; England wollte Rußland aufteilen; England verteidigte, das Kapthha in Baku für sich zu gewinnen und mit den Mandatstaaten Rußlands Verträge abzuschließen. In englischen offiziellen Dokumenten werden mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit alle Staaten aufgezählt (es waren ihrer 14), die vor einem halben Jahre, im Dezember 1919, das Versprechen gaben, Moskau und Petrograd zu erobern. Auf diesen Staaten baute England seine Politik auf, diesen Staaten gab England Anleihen von Millionen und Abermillionen. Jetzt aber hat diese ganze Politik Schiffbruch erlitten. Das ist die Lage, die der Völkerbund geschaffen hat. Jeder Tag der Existenz dieses Vertrages ist die beste Agitation für den Bolschewismus, denn die mächtigsten Anhänger der kapitalistischen „Ordnung“ zeigen, daß sie sich in jeder Frage gegenseitig ein Bein stellen. Um die Aufteilung der Türkei, Persiens, Mesopotamiens, Chinas ist ein wütender Streit zwischen Japan, England, Amerika und Frankreich entbrannt. Die bürgerliche Presse dieser Länder ist voll von wütenden Angriffen gegen ihre Kollegen, weil diese ihnen vor der Nase die Beute wegholen. Wir sehen in diesem kleinen Häuflein reicher Länder einen vollständigen Zerfall. Für eine und eine Viertel Milliarde Menschen ist es unmöglich, ein Leben zu führen, wie es der „vorgeschriftene“ und zivilisierte Kapitalismus ihnen aufzwingen will, und dabei handelt es sich um 70 Prozent der Erdbevölkerung. Das kleine Häuflein der reichsten Mächte aber, England, Amerika und Japan, das die Möglichkeit hatte, die asiatischen Länder auszuplündern, das aber keine selbständige finanzielle und militärische Macht ohne Unterstützung



An die Öffentlichkeit. Riesenchiebung?

Uns wird mitgeteilt:

Herr Hauptmann Goebel vom Reichsverwertungsamt Berlin, hat Bresläuer Kaufleuten (Kaufmann Bresläuer, Kaufmann Wilde usw.) ferner der Oberschlesischen Einkaufsgenossenschaft, Dypeln, und der Bresläuer Eisenbahndirektion Waren zum Kauf, bei 5% Provision für sich selbst, angeboten. Es handelt sich um 500 000 Stück Soldatenkleidung, 500 000 Stück Hemden und Unterhosen und anderen Bekleidungsstücke im Gesamtwerte von 150 Millionen Mark.

Das Geschäft ist bis jetzt nicht zustande gekommen, doch läßt der Hauptmann weiter durch Agenten Käufer suchen.

Wir fragen: Wie kommt der Hauptmann dazu, die Sachen gegen 5% Provision verkaufen zu wollen?

Zu wessen Auftrage handelt er?

Ist es nicht infam, daß Riesenposten Bekleidungsstücke, die das verelendete Volk dringend benötigt, als Schieberware behandelt werden!

Wir fordern: Sofortige Untersuchung der Angelegenheit durch Gericht und Parlament.



eines anderen Landes aufstellen kam — diese zwei bis drei Länder sind nicht imstande, die wirtschaftlichen Beziehungen zu regeln, und die Politik der verschiedenen Mitglieder des Völkerbundes ist gegeneinander gerichtet. Hieraus entsteht die Weltkrise. Und diese wirtschaftlichen Wurzeln der Krise sind der Hauptgrund dafür, daß die kommunistische Internationale so glänzende Erfolge zu verzeichnen hat.

Genossen, wir sind jetzt zur Frage der revolutionären Krise als Grundlage unserer revolutionären Tat gekommen, und hier müssen wir sehr verbreitete Fehler festgestellt werden. Einerseits stellen die bürgerlichen Wirtschaftler diese Krise als einfache „Bemüßigung“, wie sich die Engländer so schön ausdrücken, dar. Andererseits sind die Revolutionäre oft bemüht, nachzuweisen, daß diese Krise eine absolut aussichtslose sei. (Fortsetzung folgt.)

Republik Deutschland

Chronik der Bürgerdiktatur.

(Fortsetzung.)

Wie der „Freiheit“ mitgeteilt wird, werden in der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Wittenau große Mengen von Waffen, besonders Parabellumwaffen, hergestellt. Es ist jetzt in der Fabrik eine besondere Abteilung eingerichtet worden, die die bereits während des Krieges angefangenen Waffenteile weiterbearbeiten und fertigstellen soll. Die D. W. F. stellt fortgesetzt Fachleute ein, so daß der Ausbau erweitert wird, als wenn die Waffenfabrikation in vollem Umfang wieder aufgenommen werden soll.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Herstellung von Waffen mit Wissen und sogar im Auftrage der Behörden vorgenommen werden. Die „Freiheit“ fragt: Weiß die Regierung nicht, daß nach dem Friedensvertrag jede Herstellung von Waffen und Munition verboten ist? Erkennt die Regierung nicht die ungeheure Gefahr in die sie das deutsche Volk mit der fortgesetzten Durchbrechung der im Friedensvertrag übernommenen Verpflichtungen bringt? Oder werden die Waffen mit Erlaubnis der Entente angefertigt, um gegen Rußland verwendet zu werden?

Die Arbeiterklasse ist verpflichtet, nicht nur die Waffen- und Munitionstransporte zu verhindern, sondern auch die Herstellung von Waffen und Munition zu verweigern.

Das „Casseler Volksblatt“ veröffentlicht einen Brief aus Cassel vom 3. August.

Sehr geehrter Herr! Nach den von allen Seiten zum Ausdruck gekommenen Mitteilungen gestatten sich die Verhältnisse im Innern unseres Landes immer ernster, so daß es ein Gebot der Selbsterhaltung ist, daß alle gleichgesinnten Kreise aus unserer Stadt zusammenzutreten und die Schritte unternehmen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind.

Wir richten deshalb die ergebene Bitte an Sie, sich zu einer Besprechung im größeren Kreise am Freitag, den 13. August 1920, abends 8 Uhr, im den Geschäftsräumen der Handwerkskammer, Dohngolternstraße, einzufinden.

Wir bitten Sie dringend, zu der Besprechung zu kommen und die Angelegenheit durchaus vertraulich zu behandeln.

Gedächtnisvoll
Ludwig Schmidt, Glasermeister.
Lannheuser, Syndikus der Handwerkskammer.

Hierzu bemerkt das „Casseler Volksblatt“: Damit der Oberpräsident nicht genötigt ist, sich über die Versammlung am 13. d. Mts durch seine politische Polizeikommissionäre Kenntnis zu verschaffen, wollen wir die drei Hauptpunkte des Mahraunischen Reskripts zur Kenntnis des Oberpräsidenten bringen:

1. Die Casseler Industriellen haben für den ungesetzlichen Zweck der Organisation zusammen 70 000 Mk. gespendet.
2. Oberleutnant Mahraun hat ausdrücklich erklärt, er habe mit Escherich verhandelt und der Jungdeutsche Orden sei vollkommen nach den Leitfäden Escherichs aufgelöst.
3. Es wird eine Wirtschaftsorganisation der älteren und eine Kampforganisation der jungen Leute geschaffen.

Aus Dresden wird geschrieben:

Zur Gründung einer großen neuen antibolschewistischen und antisozialistischen Organisation fordert jetzt das Dresdner Zentrum, die „Sächsische Volkszeitung“ auf. Sie soll von vornherein auf internationale Basis gestellt werden und den Namen einer Liga Christi tragen. Für 100 Mark einmalige oder 50 Pfg. wöchentliche Zahlung wird man Mitglied dieses Himmelsklubs. Man bekommt dafür nicht nur eine Hulennadel, sondern auch an die Haustür „ein dauerhaftes Schild mit dem Vereinabzeichen“, so daß also die weißen Terroristen Deutschlands bei ihrem nächsten Wulst schon von außen erkennen können, daß hier Waffen für die Konterrevolutionäre lagern.

Was die in Christo organisierten Reaktionen und Dunkelmänner wollen, geht aus der Einleitung der Gründungsaufrufung hervor, in der es wörtlich heißt: „Wenn man von den internationalen Kongressen der Gewerkschaften, der jüdischen Börsenmänner, der Sozialdemokraten, der Atheisten und nicht zuletzt der Freimaurer liebt, dann wird man sehr traurig und kleinmütig.“ Dieser Bedrückung der Reaktionen aber sollen die modernen Türkenritzer ein Ende machen. Ihre Aufgabe wird es, ebenfalls nach der „Sächsischen Volkszeitung“ sein, „die gesponnenen Netze der ungläubigen materialistischen Welt, wenn auch nach jahrem Widerstand zu zerreißen“.

Es gilt also, die sozialistischen Reher auszurotten, Handgranaten her, auf zum Standgericht und Scheiterhaufen! Es lebe das moderne antisozialistische, chr stlich-katholische Autodafe nach Horstys berühmten Muster in Deutschland! (Die Chronik wird fortgesetzt.)

Die steigende Arbeitslosigkeit.

Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist die Zahl der unterstützten Erwerbslosen im Reich, wie es infolge der anhaltenden ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erwarten war, weiterhin erheblich gewachsen. Nach den amtlichen Feststellungen betrug die Zahl der männlichen Erwerbslosen am 1. August 1920 290 735, die der weiblichen Erwerbslosen 105 964, also insgesamt 396 699 gegen 359 418 am 15. Juli und 521 418 am 1. Juli 1920. Zu den eigentlichen Erwerbslosen kommen 364 231 Familienangehörige, die als Zuschlagsempfänger unterstützt werden. Die Gesamtzahl der unterstützten Erwerbslosen entspricht etwa dem Stande vom 15. Februar 1920.

Im Lustgarten veranstalteten die Arbeitslosen von Berlin eine Kundgebung zur Durchsetzung ihrer wirtschaftlichen Forderungen. Von Mitgliedern der Arbeitslosenräte wurden Ansprachen an die Erwerbslosen gerichtet und eine Entschließung verlesen, in der der Ausschluß an Sowjet-Rußland gefordert wird. Nach Schluß der Versammlung zog die Menge zum Rathaus, wo eine Abordnung von Arbeitslosen ihre Forderungen den städtischen Behörden vorlegte. Unter Nachrufen auf die Revolution und die Diktatur des Proletariats ging die Menge auseinander.

In Hamburg tagte eine vom Hauptauschuß des allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und vom Wirtschaftsrat der Betriebsräte Groß-Hamburgs einberufene Versammlung der Vertretungskomitee der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter der Groß-Hamburgs. Sie beschäftigte sich insbesondere mit der Weigerung des Reichsarbeitsministers, mit dem am 14. August nach Berlin berufenen Vertretern der Erwerbslosen zu verhandeln. Es wurde beschlossen:

Bei dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Zentralrat der Erwerbslosen in Berlin dafür vorstellig zu werden, daß diese sofort die nötigen Schritte einleiten, um zur Durchsetzung der Forderungen der Erwerbslosen den sofortigen Generalkstreik über ganz Deutschland zu erklären.

Die osteuropäische Krise und das Proletariat.

In Berlin fanden am Freitag, den 13. August, 40 Versammlungen statt, die sich mit dem in der „Freiheit“ bezeichneten Thema beschäftigten. Die für die Versammlungen angelegten Lokale reichten bei weitem nicht aus. In einer ganzen Reihe Fälle mußten Parallelversammlungen abgehalten werden. In allen Versammlungen wurde verlangt:

Unbeschränkte Durchbrechung des Boykotts der Waren- und Warentransporte für Polen; Zusammenfassung aller proletarischen Organisationen zu gemeinsamen Aktionen; Ausschließung der breiten unorganisierten Massen unter Hinweis auf die drohende innere und äußere Gefahr; Ausschließung

